

Nr. 20. — 24. 1. 35.

unter staatliche Kontrolle genommen worden war, die Kongregationen gezwungen, sich noch einmal besteuern zu lassen. Das Jahr 1901 brachte dann ein sogenanntes Vereinsgesetz. Danach mussten alle Vereine und Orden eine besondere Ermächtigung nachsuchen, um sich zu sagen, daß die Orden, die darum nachsuchten, eine solche nicht erhielten. 1904 erreichte der französische „Kulturkampf“ seinen Höhepunkt. Die Masse fiel ganz: Kurzerhand wurden 14.000 klösterliche Niederlassungen geschlossen, sämtliche Männer- und Frauenorden aufgehoben, 50.000 Mönche und Nonnen, die sich hauptsächlich mit der Armenfürsorge und Kinder- und Waisenfürsorge beschäftigten, einfach vertrieben. Das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl wurde einseitig gebrochen bzw. formal gekündigt, alle Beziehungen zum Heiligen Stuhl abgebrochen und 1905 die Trennung von Kirche und Staat verkündet. Der Kirche wurde jeder Einfluß auf das öffentliche Leben genommen, die von nun an wie ein privater Verein behandelt wurde. Die Nutzung der Kultusgebäude erlaubte man nur noch sogenannten „Kultusvereinen“, die sich zugleich mit der Vertretung der zeitlichen und religiösen Interessen der Kirche befassen sollten. Ihre Mehrheit muhte aus Laien bestehen. Diese Doppelfunktion widersprach in einem wesentlichen Punkte dem kirchlichen Recht. So war es selbstverständlich, daß Rom nunmehr gegenüber diesem Eingriff in rein kirchliche Angelegenheiten klar und entschieden Stellung nahm: In der Enzyklika „Benedic nos“ verurteilte Papst der Zehnte das Trennungsgesetz und verbot in einer weiteren Enzyklika die Bildung von Kultusvereinen. Darauf hatte die damalige Freimaurerregierung Frankreichs nur gelauert: 30.000 Häuser und viele andere prachtvolle Gebäude im Gesamtwert von über 400 Millionen Franken verfielen dem Zugriff des Staates.

Doch allzu scharf macht hartig. Aristide Briand mußte sich schon bald trotz dieser Enteignung und anderer Maßnahmen zu einer Milderung bequemen, wenn auch mit Widerstreben, und den Geistlichen die Leitung der Kultusübung überlassen. Der Weltkrieg zwang viele Geistliche und Ordensleute Belgien, des Orients usw., ihr Land zu verlassen und nach Frankreich zu fliehen. Um wenigstens konnte der französische Staat aber die vielen Welt- und Ordenspriester ausweisen, die auf den Schlachtfeldern an allen Fronten ihr Leben und Blut für das Vaterland eingesetzt hatten. Dies führte zur Wiederaufnahme der Beziehungen zum Balkan. Auch in der Frage der Kultusvereine fand sich ein Ausweg: An ihre Stelle traten Diözesanvereine, deren Tätigkeit sich nur auf die rein zeitlichen Angelegenheiten der Kirche beschränkte. Nach erbitterten Kämpfen im Parlament erfolgten nunmehr weitere Milderungen der Amonahngesetze: So dürfen Orden, die im Auslande Missionen unterhalten, sich in Frankreich niederlassen, die säkularisierten Kirchengüter wurden teilweise, soweit sie nicht schon zu anderen Zwecken Verwendung gefunden hatten, zurückgegeben usw. Die neueste Zeit brachte weitere wesentliche Veränderungen zwischen Staat und Kirche in Frankreich, die nach dem Besuch Pierre Laval im Balkan voraussichtlich bald zum Abschluß eines neuen Konkordats führen dürften.

### Selbstloses nächtliches Duell

Paris, 23. Jan. Ein seltsames nächtliches Duell fand in der leichten Nacht in einem Dorf bei Clamanges statt. Der 66 Jahre alte Chemiker und Ingenieur Broquet war gerade zu Bett gegangen, als er plötzlich ein Rumoren im Kleiderschrank vernahm. Die Tür des Schrankes ging auf, eine Gestalt kam auf ihn zu und noch ehe er sich machen konnte, gab sie einige Schüsse auf ihn ab, durch die er verwundet wurde. Der Angreifene schaute darauf einen an der Wand hängenden Paradieselb auf sich und hörte und sah auf die Gestalt ein, die er bald als seine ehemalige Freundin, eine 60 Jahre alte Gräfin Lermontaux erkannte, die ihm schon gelegentlich ihrer Trennung im Jahre 1930 Briefe ins Gesicht gespritzt hatte. Die beiden ehemaligen Geliebten trugen nun mit der Waffe ihren Liebes- und Hasskampf aus, wobei der Mann die Oberhand gewann und zum Schluss noch längerem Nahkampf die Frau zum Fenster hinauswarf. Dann waren auch die Kräfte des Mannes, der einen Schuhkarton erhalten hatte, zu Ende und er sank im Zimmer ohnmächtig zusammen. Die beiden leidenschaftlichen alten Leute wurden in besorgnisregendem Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

### Kleine Chronik

#### Saarländische Kriegsbeschädigte in Berlin,

Berlin, 23. Jan. Auf dem Bahnhof Bahnhofstrasse am Mittwoch früh etwa 500 saarländische Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, Mitglieder der deutschen Kriegsopferverfügung, Soot, ein.

Bei bewaffnetem Widerstand gegen richterliche Festnahme in der Notwehr erschossen — Der Name festgenommen

Saarbrücken, 23. Jan. Der Schrotthändler Meyer, gegen den im Saarland vorgestern ein Haftbefehl wegen Unterstechungen bei einer Holzfeuerung von etwa 300.000 Franken durchgesetzt werden sollte, widersetzte sich der Verhaftung mit der Pistole in der Hand, die er auf den Polizeiinspektor Till von der Saarbrücker Kriminalpolizei richtete. Der Polizeiinspektor kam ihm zuvor und schoß ihn in der Notwehr nieder. — Meyer, ein ehemaliger Rheinlandseparatist und separatistischer Landrat, war nach dem Zusammenbruch der rheinischen Separatistenherrschaft ins Saargebiet gekommen und von der Kreisverwaltung mit Holzgeschäften beauftragt. Dabei kam er in Verbindung mit einer Holzfirma A. u. B., der gegenüber er sich der Unterstechung und Urkundenfälschung schuldig machte. Bereits im November vorher dieses Jahres wurde er deswegen festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt, weil ihm keine Schuld nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte. In den letzten Tagen hatte nun die Holzfirma erneut gegen ihn Anzeige erhoben. Auf Grund richterlichen Haftbefehls sollte er dann vorgestern festgenommen werden. Die mit der Ausführung des Haftbefehls beauftragten Beamten, darunter der Polizeiinspektor Till, trafen ihn zu Hause nicht an. Sie bedeckten seiner Frau, daß ihr Mann wegen des genannten kriminellen Deliktes gefasst werde und sich freiwillig stellen möge. Meyer hatte sich jedoch im Keller seiner Wohnung verbirgt. Seine Frau und der Sohn erklärten jedoch noch Rücksprache mit dem Mann, daß dieser zum Neuersten

### Das Abkommen über die chinesische Ostbahn und die Frage der Anerkennung Mandchukuos

Tokio, 23. Jan.

Unter Zugeständnissen auf die am Dienstag erfolgte Einigung über den Verkauf der chinesischen Ostbahn läßt die japanische Presse durchblicken, daß die Unterzeichnung des Vertrages über den Verkauf der Bahn tatsächlich eine Anerkennung Mandchukuos durch die Sowjetunion bedeuten würde. Die japanische Außenpolitik habe nunmehr vor allem die Aufgabe, in China befreies Verständnis für Mandchukuo zu erwirken. In diesem Sinne ist auch eine Anfrage im japanischen Unterhaus gestellt, aus der deutlich zu erkennen ist, daß in Japan stärkster Interesse an einer Besserung der Beziehungen zu China vorhanden ist. In diesem Zusammenhang werden auch die Ausführungen Hirotos über China stark beachtet.

In ausländischen Kreisen hat eine angebliche Erklärung des japanischen Generalkonsuls in Hankow, Suma, gewisse Aussichten erzeugt, wonach Japan als Voraussetzung für engere Beziehungen mit China angesetzt haben soll, China möge sich von der Vorherrschaft der fremden Mächte befreien und endlich seine volle Unabhängigkeit herstellen. Der Sprecher des japanischen Außenministeriums erwiderte auf diesbezügliche Anfragen, daß die amtliche Politik Japans gegenüber China in der Idee Hirotos deutlich zum Ausdruck gekommen sei und daß er diesen Ausschreibungen nichts hinzuzufügen habe. Der Sprecher erklärte weiter, daß außer

der mittelamerikanischen Republik Salvador nur Estland der durch die Gründung Mandchukuos geschaffenen Vage Rechnung getragen habe. Ob der Balkan Mandchukuo tatsächlich anerkannt habe, sei zweifelhaft, trotzdem er in einem amtlichen Schreiben an die mandchurische Regierung die Einsetzung eines Vertreters in Mandchukuo angekündigt habe.

Zu dem Vorvertrag über den Bahnhofstrasse wird noch mitgeteilt, daß die vertraglich vorgesehenen Warenlieferungen von Japan geleistet werden, bis auf die Sowjetunion, die von Mandchukuo geliefert werden. Bei dem zur Entlassung gehörenden Bahnpersonal handele es sich um 6000 sowjetische Beamte und Angestellte.

China protestiert gegen den Verkauf der chinesischen Ostbahn. Shanghai, 23. Jan. Wie die Zeitung „Scha-Scha-Scha-Pao“ mitteilt, wird die chinesische Regierung nach der endgültigen Unterzeichnung des Vertragsabkommen über die chinesische Ostbahn erklären, daß China diesen Verkauf nicht anerkennt. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß China Mitbesitzer der Bahn sei und daß die Sowjetunion stets erklärt habe, daß sie schwache Nationen gegenüber imperialistischen Bestrebungen unterstütze. Sowjetrußland habe aus selbstsüchtigen Beweggründen die Sache der Gerechtigkeit vergessen.

### Verbot der Weihenbergs-Gesellschaft

Berlin, 23. Jan.

Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat das Gehobene Staatspolizeialamt auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 im Verbindung mit Paragraph 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes die „Weihenbergs-Gesellschaft“ (auch „Evangelisch-Johannische Kirche nach der Offenbarung St. Johannes“ genannt), einschließlich ihrer Untergliederungen und des Kriegervereins „Ewiges Leben“ für das Gebiet des Kreisstaates Preußen aufgelöst und verboten. Das Vermögen wird vorbehaltlich einer späteren Einziehung politisch beschlagnahmt und sichergestellt.

Das Verbot ist erfolgt, weil die „Weihenbergs-Gesellschaft“ unter dem Diktat religiöser Betätigung spiritistischen Sitzungen abhält, in denen unter Verwendung von Medien die Geister großer Männer und Nationalhelden glorifiziert werden, um so für die Gesellschaft und den „Meister Josef Weihenbergs“ Propaganda zu machen und darüber hinzuversucht, die Verdienste der heiligen Regierung für sich in Anspruch zu nehmen. Derartige Veranstaltungen können infolge des spiritistischen Umfangs nur als Entweihung des Gottesdienstes angesehen werden, ganz abgesehen davon, daß die ausspielsenden und religiös-spiritistischen Geisterreden auf die seelische Versetzung der Teilnehmer, zu denen auch schulpflichtige Kinder gehören, einen unheilsamen Einfluß ausüben. Durch den Einflug Weihenbergs sind bereits einzelne Personen dem religiösen Wahnsinn verfallen. Die Gemeingefährlichkeit dieser Umrücke der Weihenbergs-Gesellschaft wird dadurch gesteckt, daß diese ihre Veranstaltungen seit der nationalsozialistischen Erhebung mit dem Zeugnug der nationalsozialistischen Revolution zu verbinden versucht und damit das nationalsozialistische Gedankengut schamlos herabwürdigte.

### Besuch Dr. Schachts in München

München, 23. Januar. Auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert und des Ministers für Wirtschaft, Esser, wird am Montag, dem 28. Januar 1935 der Reichsbankpräsident und kommissarische Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht einen amtlichen Besuch in München abhalten. Nach Besuchen beim Reichsstatthalter, dem Ministerpräsidenten und dem bayrischen Wirtschaftsminister wird Dr. Schacht gegen Mittag in einer geschlossenen Kundgebung der bayrischen Wirtschaft im Münchener Künstlerhaus über die derzeitige deutsche Wirtschaftspolitik sprechen.

### 5000 RM Geldstrafe für unsoziale Betriebsführer

Frankfurt a. M., 23. Jan.

Das soziale Ehrengericht für den Verhältnisbereich Hessen verurteilte einen Betriebsführer wegen Verstoßes gegen das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zu einer Geldstrafe von 5000 RM.

Der Betriebsführer hatte am 10. Dezember 1934 bei dem Treuhänder der Arbeit einen Antrag auf Stilllegung seines Werkes gestellt. Trotz der sofortigen Beendigung einer Sperrfrist von 2 Monaten hat der Betriebsführer seine Betriebschaftsmittel am Heiligabend entlassen.

entschlossen sei. Deshalb schritten die Beamten zur gewaltsamen Festnahme und gaben nach vorherigen Warnrufen Schreckschüsse auf die Kellertür ab. Darauf erschien der Gefangene in der Tür. Als der Polizeiinspektor im Schein der Taschenlampe den Kopf einer von Meyer gezeugten Armeepistole auf sich gerichtet sah, legte er an und traf Meyer tödlich. — Auf Veranlassung des Inspektors der saarländischen Polizeitruppen, Henkel, ist inzwischen die Festnahme des Polizeiinspektors erfolgt, der sich Meyer früher auch im Saargebiet politisch betätigt hatte, jetzt vor das Oberste Abstimmungsgericht kommen soll.

#### Zwei japanische Dampfer im Sturm gesunken.

20 Personen vermisst.

Tokio, 23. Jan. Ein japanischer Dampfer ist in der Nähe von Hokkaido in einem schweren Sturm gekentert und gesunken. Elf Mann der Besatzung werden vermisst.

Ein weiterer japanischer Dampfer geriet in einem Hafen auf der Insel Hokkaido in einen Taifun und sank ebenfalls. Man befürchtet, daß neun Personen, die vermisst werden, den Tod in den Fluten gesunden haben.

Japanisches Militärluftzeug abgestürzt. — Drei Tote.

Tokio, 23. Jan. Wie die Telegraphenagentur „Schimbun Rengo“ mitteilt, ist in dem japanischen Marinestützpunkt Sasebo am Dienstag ein Flugzeug abgestürzt. Alle drei Insassen ertranken. Ein weiteres Flugzeug mußte notwassern. Die Besatzung landete rechtzeitig SOS-Rufe und konnte so gerettet werden. Das Flugzeug versank.

Academische Korporation in Hannover suspendiert.

Hannover, 23. Jan. Der Rektor der Technischen Hochschule hat der akademischen Turnerverbindung Brunonia die Anerkennung als akademische Korporation entzogen. Gleichzeitig wurde sie von dem zuständigen Führer der Studentenschaft suspendiert. In der Begründung heißt es: „Lärmende und beßfeste Studenten sind in den Augen schwerwiegender Volksfeinde Schädlinge in der Volkgemeinschaft.“

Die Verhandlung selbst zeigte, wie schwerlich persönliche Streitigkeiten zwischen einzelnen Gesellschaften auswirken können. Trotzdem der Treuhänder der Arbeit wiederholt versucht hat, den Betriebsführer und seinen Mitgesellschafter dahin zu bewegen, im Interesse der Entwicklung der Arbeitsplätze alle persönlichen Streitigkeiten zu beilegen, hat sich der Betriebsführer dieser Lösung verpflichtet und dadurch die Arbeitsplätze seiner Betriebschaftsmitglieder gefährdet. Der Betriebsführer hätte ohne weiteres seine Gesellschaft weiterführen können, die laufende Auflösung vorlegen. Trotz wiederholter Aufforderung und dem Hinweis auf sein ungesehliches Verhalten hielt der Betriebsführer die Sperrfrist nicht ein. Eschwerwürdig wiekt die Tat, daß der Betriebsführer ausgerechnet am Heiligabend seine Betriebschaftsmitglieder entlassen hat.

### Saarrückgliederung wird eingeleitet

Hauptverhandlungen in Neapel

Berlin, 23. Jan.

Die durch die Entscheidung des Völkerbundrates notwendig gewordenen Besprechungen zur Saar-Rückgliederung haben mit deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin begonnen. Weitere Unterhandlungen, an denen außer Deutschland und Frankreich die Regierungskommission im Saargebiet und der Kreisraat teilnehmen, werden im Laufe dieser Woche in Neapel beginnen. Ein dritter Komplex der noch zu regelnden Fragen ist die zwischen dem Reich und Frankreich zu erörternde Frage der Entmilitarisierung des Saargebietes. Die Erörterung dieses Teiles hat noch nicht begonnen, jedoch ist hier ein deutsch-französisches Einkommen zu erwarten.

### Senatspräsident Greiser nach Danzig zurückgekehrt

Danzig, 23. Jan. Senatspräsident Greiser ist heute früh von seiner Genfer Reise wieder nach Danzig zurückgekehrt.

Senatspräsident Greiser verläßt heute abend Danzig, um auf Einladung des politischen Staatspräsidenten an der großen repräsentativen Tagung teilzunehmen, die alljährlich unter Teilnahme der Warschauer Botschafter der Großmächte in den polnischen Staatsräten veranstaltet wird.

### Rücktritt des Polizeidirektors von Sofia

Sofia, 23. Januar. Polizeidirektor Ratschew ist am Mittwoch zurückgetreten. Pressemeldungen zufolge dürfte als sein Nachfolger der Befehlshaber des Sowjetischen Militärs, Tanouski, in Frage kommen.

### Rundfunkübertragung der Reden von Dr. Schacht und Reichshandwerksmeister Schmidt

Berlin, 23. Jan. Um den deutschen Handwerkern, die der heute nachmittag um 5 Uhr im Plenarsaal des Reichstages stattfindenden Sitzung nicht bewohnen können, die Reden des Reichshandwerkspräsidenten Dr. Schacht und des Reichshandwerksmeisters Schmidt zugänglich zu machen, wird die Veranstaltung auf Radiosendern aufgenommen um um 19.30 Uhr auf den Deutschen Landesender übertragen.

Wien, 23. Jan. Der Bundespräsident hat die vom Erzbischof Schwertner wegen Sprengstoffbeschusses zum Zweck der Verurteilung Wörther, Jaffred und Wirth begründigt. Wörther erhält lebenslängliche, Jaffred 20 Jahre und Wirth 15 Jahre schweren Kerker.

### Mitteldeutsche Börse vom 23. Januar

(Eigene Drahtmeldung)

Freudlich. An der Mittwoch-Börse war die Tendenz freundlich. Die Umsätze wenig belebt. Am Aktienmarkt war das Geschäft still. Nur Brauereien standen im Vordergrund und waren leicht defektiv. Alsfeld-Brauerei 0,5 Prozent, und Jenaer-Brauerei 0,5 Prozent. Auf der anderen Seite büßten Kirchner-Brauerei 1,5 Prozent, Dresdner-Schnellbrauerei 1 Prozent und Elbe-Werke 2,75 Prozent ein. Großenhainer Webstuhl 1 Prozent. An Kursverbesserungen sind noch herauszuheben Liebermann-Chemnitz plus 6 Prozent, Leipzig-Spitzen plus 1,75 Prozent, Steinigut-Döbeln plus 1,5 Prozent. Am Rentenmarkt gaben Dresdner-Stadtanleihen 1928 und 1927 noch, während Dresdner-Stadtanleihe 1928 unverändert gehandelt wurde. Liebermanns war die Tendenz für Stadtanleihen bei kleinem Geschäft geschwobt. Reichsanleihe Altenburg ging mit 110,75 Prozent um. Pfandbriefe verkehrten mit unveränderten Notizen bei kleinem Geschäft.

### Witterungsaussichten der Dresdner Wetterwarte

Reichswetterdienst, Ausgabeort Dresden: Zunächst noch Fortdauer der verhältnismäßig milden Witterung mit zeitweiligem Sprühregen in tiefen und mittleren Lagen und etwas Neuschnee in höheren Lagen. Stärker aufwirrende und auf den Bergen stürmische westliche Winde.